

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.32 Uhr
Ende: 14.35 Uhr

1) Schneeräumung

GR. **Eichberger** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mag es den einen oder anderen oder die eine, die andere verwundern, bei diesen Temperaturen, bei diesem Wetter zur Schneeräumung eine Frage zu stellen, dann hoffe ich, dass ihr überzeugt seid, dass es seine Richtigkeit und seine Berechtigung hat und es geht nicht darum, dass der eine oder andere natürlich bei einer Schneeräumung unzufrieden ist, weil eine andere Straße früher geräumt wird, sondern es geht mir in meiner Frage schon um eher Grundsätzliches und die Frage des Managements, wie man das angeht. Wenn ihr euch erinnert, im Dezember des Vorjahres gab es relativ starke und ergiebige Schneefälle. Ich habe schon in meiner Einleitung gesagt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können natürlich nicht überall zur gleichen Zeit die Straßen reinigen. So gab es auch relativ erfreulich einen extrem starken Schneepflügeinsatz, der auch als erster Noteinsatz relativ gut funktioniert hat. Trotz alledem sind, wie gesagt, einige Straßen halt erst in weiterer Folge konnten gereinigt werden und jetzt kommen wir eben zu meinem Punkt der Frage, dass ich eben im Zuge dieser Beschwerfälle, dass vor allem in höher gelegenen Straßen Gösting etc. erst am Nachmittag Schnee geräumt wurde, wurde als Argument gebracht, warum man so spät dran sei, nämlich jenes, dass zwar für den ersten Noteinsatz alle Schneepflüge unterwegs waren, weil eine entsprechende Anzahl auch von Fahrern hier vorhanden war, die mit diesen Schneepflügen fahren können, aber aufgrund der Ruheverordnung für die Lkw-Lenker

gab es mehr oder weniger keine zweite Schicht an Fahrern, die mit diesen vorhandenen Schneepflügen eben weiterfahren konnten. Heißt im Klartext, diese Schneepflüge mussten zum Teil, wie gesagt, auf den Parkplätzen der Wirtschaftsbetriebe parken, weil es einfach keine Fahrer gibt, das kommt mir so vor, wie wenn wir Straßenbahnen haben und nach acht Stunden müssen die in die Remise hinein, weil die Fahrer sich, wie gesagt, an die Ruhezeitverordnung halten müssen. Deshalb kam es, und ich kann mir schon vorstellen, dass die Frau Vizebürgermeisterin natürlich bei solchen Situationen eine relativ große Freude hat, wenn halb Graz zur autofreien Stadt mutiert, aber auf der anderen Seite ist es so, dass viele Gazerinnen und Grazer natürlich auf ihr Fahrzeug, auf ihr Auto angewiesen sind und hier in große Schwierigkeiten gekommen sind.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Eichberger.** Ich habe noch 12 Sekunden, lieber Harald. Ich komme aber eh schon zu meiner Frage, keine Sorge, sei nicht so neugierig. Es geht in meiner Frage jetzt darum, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Lisa, ich habe dir die Situation geschildert und würde jetzt von dir gerne wissen, welche Maßnahmen du setzen wirst, um ähnliche Unzulänglichkeiten zu verhindern (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Bevor wir zur Antwort kommen, darf ich unseren ehemaligen Kollegen des Gemeinderates Mandl ganz, ganz herzlich begrüßen (*allgemeiner Applaus*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Klaus! Wie lange bist du jetzt im Gemeinderat, darf ich dir eine Gegenfrage stellen?

GR. **Eichberger**: Zweite Periode.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Zweite Periode. Ich bin ja auch schon in der zweiten Periode hier und ich kann mich erinnern, dass das Thema Schneeräumung jährlich Thema ist und auch schon meine Vorvorgänger damit beschäftigt sind, eigentlich hätte ich es mir einfach machen können und eine der Anfragebeantwortungen zum Beispiel vom Herrn Kollegen Ferk hervorzukramen, aber ich werde mir trotzdem die Mühe machen, auf die heuer wieder stattfindende Anfrage zum Thema Schneeräumung eine Antwort zu geben. Inzwischen ist ja übrigens die Holding Graz Service zuständig, aber, wie gesagt, du hast ja vom letzten Jahr gesprochen. Derzeit verfügt der Bereich der Schneeräumung beziehungsweise Straßenpflege über 74 Pflug- und Streufahrzeuge in verschiedensten Größen. Des Weiteren kommen im Wintereinsatz, wie wir wissen, rund 200 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, überwiegend Mitarbeiter, als Personal zum Einsatz, die händisch räumen. Grundsätzlich, und das ist ein Irrtum, den du da aufgegriffen hast, sind die Fahrer des Straßendienstes im Winterdienst von der Ruhezeitverordnung ausgenommen und verrichten ihren Dienst über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus. Als Winterdienstfahrer stehen derzeit 92 Mitarbeiter zur Verfügung, und bei den Schneefällen im Dezember 2010 betrug die durchschnittliche Einsatzzeit pro Fahrer zirka 80 Stunden in einer Woche. Aufgrund der vorhandenen Ressourcen und der Ausnahmeregelung bei den Ruhezeiten können unsererseits länger anhaltende Schneefälle deswegen durchaus bewältigt werden. Wir können jetzt drüber diskutieren, Schnee scheint grundsätzlich ein Problem zu sein, mit dem man in dieser Stadt trotz der Lage in der Nähe der Alpen immer noch

schwer umgehen kann, also mir kommt das immer wieder ein bisschen interessant vor, dass der Schnee immer alle sehr hysterisch macht, wobei man zum Glück eh nicht so viel Schnee haben, wie vielleicht andere Regionen, aber selbstverständlich ist es natürlich, dass wir zur Entlastung der bestehenden Fahrer innerhalb der neuen Holding Graz, aber eben immer nach zusätzlichen, also wenn die Hochsaison ist, zum Beispiel im letzten Dezember, Winterdienstersatzfahrer suchen und wir jetzt auch im Zuge der Zusammenführung im Bereich der Holding zusätzliche Fahrer in der Tochtergesellschaft Servus Abfall gefunden haben, das heißt, auch in Zukunft wird die Ausstattung ausreichend sein, aber es kann logischerweise nicht so sein, dass bei anhaltenden Schneefällen immer, überall in dieser Stadt zu jeder Zeit schneefreies Fahren gewährleistet ist. Das würde nur gehen, wenn man den Bereich dieses Winterdienstes einerseits bei den Fahrzeugen wie bei den Mitarbeitern enorm aufstockt und nicht einmal dann geht es, weil wir wissen, dass auch verkehrliche Situationen dazu führen, dass es nicht überall so schnell geht, wie man es sich vielleicht wünschen möchte. Dies betrifft dann natürlich auch die Bergstraßen, wobei hier Extrafahrzeuge eingesetzt werden, da gibt es Spezialfahrzeuge, und diese auch prioritär behandelt werden. Also noch einmal, eine durchgehend schneefreie Fahrbahn in Stadtgebiet kann nur durch die Reduzierung der Umlaufzeiten der Winterdienstfahrzeuge und somit mit einer Anschaffung eines mindestens doppelt so großen Fuhrparks inklusive dem entsprechenden Personal erfolgen, was aber wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Weil auf der anderen Seite werden wir ja immer auch daran erinnert, dass wir in dieser Stadt mit unseren Mitteln nur beschränkt Möglichkeiten haben. Und im internationalen Vergleich können wir in der Stadt Graz durchaus mithalten, aber wie gesagt, es wird jedes Jahr dieselbe Geschichte sein, ich stelle mich auch auf die Anfrage nächstes Jahr ein, es wird immer wieder zu Situationen kommen, wo einzelne Straßen nicht so schnell geräumt werden, wie es die Leute sich wünschen. Was man aber ganz klar sagen kann, und da möchte ich das ganz klar im Sinne auch der Mitarbeiter der Stadt Graz sagen, erstens verzeichnen wir in Zeiten der hochintensiven Schneeräumungszeit eklatant geringen Krankenstand, das heißt, es ist wirklich so, dass die Leute mit vollem Einsatz (*Bürgermeister Mag.*

Nagl läutet mit der Ordnungsglocke) dabei sind. Letztes Jahr hat es sechs Wochenenden hintereinander gegeben, wo nicht frei war, also ich möchte da die Mitarbeiter wirklich vollkommen in Schutz nehmen. Was möglich ist, tun wir, dass es nicht immer ganz ausreichend ist, weil der Schnee halt kommt, wie er kommt, da drüber möchte ich nicht weiter meine Meinung äußern, das ist einmal eine Tatsache, mit der wir alle leben lernen irgendwann vielleicht.

GR. Eichberger: Ich habe überhaupt keine Hysterie, es ist diesbezüglich meine erste Anfrage in acht Jahren zum Thema Schneeräumung, es geht mir auch nicht darum, dass Graz schneefrei sein muss oder die Fahrbahnen, sondern es geht mir nur um das Aufzeigen jenes Umstandes, dass Fahrzeuge, die vorhanden sind, aufgrund einer nicht entsprechend rechtzeitig rechtzeitigen Vorsorge hinsichtlich des Personals eingesetzt werden können und das ohne Aufregung, sondern lediglich das Ersuchen, unter Umständen, und du hast es ja indirekt durch deine Beantwortung ja gesagt, dass ihr immer wieder Winterdienstersatzfahrer sucht. Deshalb die Frage jetzt, und das war ja der Ausgangspunkt meiner Frage, und deshalb auch noch einmal die Zusatzfrage. War es so, dass Fahrzeuge aufgrund nicht vorhandenen Personals einfach gestanden sind?

Bgm. Mag. Nagl: Danke. Darf ich auch die Mitglieder meiner Fraktion ersuchen, den Singkreis aufzuheben und Platz zu nehmen, damit, wenn was zu besprechen ist, es gibt auch draußen die Möglichkeit, aber es ist kaum mehr möglich zu folgen. Dankeschön.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es kann natürlich sein, dass Fahrzeuge zeitweise nicht in Betrieb zu nehmen waren, weil wir mit dem Personal auch unsere Grenzen haben, aber in einem eklatanten Ausmaß, dass wir da dem Pflichtauftrag, den wir haben, nicht nachkommen können, das kann ich so nicht bestätigen.

2) Einführung der Mindestsicherung

GR. **Baumann** stellt an StRin. Mag.^a Dr. **Schröck** folgende Frage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Überschrift meiner Frage an die Frau Sozialstadträtin geht es um die Einführung der Mindestsicherung. Wie Sie wissen, wird eine Mindestsicherung mit 1. März dieses Jahres eingeführt. Das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz tritt in Kraft, das zu einer teilweisen Schlechterstellung von Betroffenen im Vergleich zu den bisherigen geltenden Regelungen des Sozialhilfegesetzes führen wird. Insbesondere sind in diesem Zusammenhang folgende Bestimmungen besonders problematisch: Die Mindestsicherung wird zum Unterschied von der Sozialhilfe nur zwölf Mal, nicht mehr 14 Mal, ausbezahlt. Die Mindestsicherung liegt mit 744 Euro netto deutlich unter der Armutgefährdungsgrenze von 951 Euro. Der Richtsatz für Kinder wurde von 169 Euro monatlich auf 141,36 Euro monatlich reduziert. Der bisherige Rechtsanspruch auf den Aufwand für Unterhalt entfällt völlig. Frauen, die für ihr Kind nach dem dritten Lebensjahr keinen Betreuungsplatz finden, könnte die Mindestsicherung mit dem Argument der Arbeitsunwilligkeit um bis zu 50 % gekürzt werden. Jetzt sieht man wieder einmal, wie die Sozialdemokraten in Stadt, Land und Bund umfallen. Weitere Beispiele vielleicht noch? Heute werden wir es noch erleben, wie die Grazer SPÖ einer BürgerInnenumfrage zustimmt, zu der sie die letzte Woche noch eine

Sondersitzung beantragt hat. Im Land wird ein Bettelverbot und auch diese Mindestsicherung, also das Bettelverbot, vorbereitet, die Mindestsicherung eingeführt und im Bund, wo bleiben die Vorstöße der SozialdemokratInnen in Richtung Vermögenssteuer oder die gemeinsame Schule der Sechs- bis 14-Jährigen. Aber nun zurück zu meiner Frage an die Frau Sozialstadträtin.

Liebe Martina, angesichts einer Zahl von 18.000 von Armut betroffenen und von 33.356 von Armut gefährdeten Personen, laut dem Erfa-Bericht in Graz, stelle ich an dich folgende

Frage:

Wie beurteilst du das vorliegende Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz und die zu erwartenden Auswirkungen auf jene Grazer und Grazerinnen, die von Armut betroffen beziehungsweise von Armut bedroht sind?

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Heinz Baumann! Wie du angeführt hast, die Mindestsicherung wird tatsächlich zwölf Mal ausbezahlt werden, Kinder werden 14 Mal berücksichtigt werden, also werden Sonderzahlungen von 50 % in den Monaten März, Juni, September und Dezember erhalten. Insgesamt ist das natürlich definitiv ein finanzieller Nachteil und ich glaube, das ist jetzt kein großes Geheimnis, wenn ich in diesen Räumen sage, dass ich immer persönlich davon überzeugt war und noch immer überzeugt bin, dass es notwendig ist, die Mindestsicherung 14 Mal auszubezahlen. Diese Position verstärkt sich jetzt noch in meiner neuen Funktion als Kommunalpolitikerin, weil wir einmalige Hilfen, die wir zahlen müssen, weil sie jetzt nicht mehr bezahlt werden können von den Personen, weil sie nur mehr zwölf Mal diesen Richtsatz bekommen, weil wir diese Kosten als Gemeinde alleine tragen müssen und diese Kosten werden anfallen. Es werden Kleidungsstücke benötigt werden, die nicht grundsätzlich finanziert werden können,

es werden Waschmaschinen eingehen, es werden einfach Kosten zu tragen sein, die mit diesem Richtsatz nicht zu tragen sein werden, das heißt, ich bin natürlich nach wie vor für eine 14-malige Auszahlung der Mindestsicherung. Zum Thema Armutsgefährdung möchte ich sagen, es ist völlig richtig, die Mindestsicherung orientiert sich nicht an der Armutsgefährdungsgrenze von 951 Euro, sondern am Ausgleichszulagenrichtsatz. Würde man die Mindestsicherung anheben, müsste man auch den Ausgleichszulagenrichtsatz anheben, das müsste man allerdings auf Bundesebene regeln. Eine kleine Anmerkung am Rande, du sprichst von 744 Euro, 2011 ist der Richtsatz 752,93. Mein Ziel ist es natürlich, Armut zu verringern und Mindestsicherung als auch Ausgleichszulage auf diese Armutsgefährdungsgrenze anzuheben. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die allgemeine gesellschaftliche Diskussion in eine andere Richtung geht, dass es leider soweit gekommen ist, dass die Mindestsicherung immer mehr aus einer defensiven Haltung heraus argumentiert wird. Der Richtsatz für Kinder ist auch ein bisschen eine andere Zahl, als du angeführt hast, 143,06 Euro, auch geringer als bei der Sozialhilfe. Beim Wohnungsaufwand ist es so, dass im Betrag von 752,93 ein Grundbetrag zur Deckung des Wohnbedarfs im Ausmaß von 25 % enthalten ist, zusätzliche Geldleistungen bis zur Höhe des höchstzulässigen Wohnungsaufwands sind auch in der Mindestsicherung zu erbringen. Hier fehlt jedoch noch die Verordnung des Landes mit dem höchstzulässigen Wohnungsaufwand. Jetzt versuche ich, ein bisschen meine Antwort zu kürzen, vielleicht stellst du noch eine Nachfrage. Kurz zusammengefasst, ja, es ist eine Verschlechterung und es gibt aber doch eine kleine Verbesserung, ein kleiner Wermutstropfen, das ist die Krankenversicherung, diese stigmatisierenden Sozialhilfekrankenscheine gehören wenigstens der Vergangenheit an und es werden alle in das E-Card-System kommen. Zusätzlich möchte ich noch kurz anmerken, dass einfach noch sehr viele Fragen offen sind, mit denen sich auch mein Sozialamt beschäftigt. Es wird im Februar eine Klausur geben von Seiten der Oberbehörde mit den Bezirkshauptmannschaften und dem Magistrat Graz und wir hoffen, dass wir eben diese noch ausstehenden Fragen beantworten können. Zusätzlich werden wir eine Informationssitzung im Sozialausschuss machen, ich glaube, die ist vor meinem

Amtsantritt so gewünscht worden, das werden wir selbstverständlich gerne machen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann**: Die Zeit, ich will nicht sagen, sie drängt, aber mit 1. März geht dieses Gesetz tritt in Kraft und ich hoffe, das Sozialamt ist ausreichend vorbereitet, sehen tut man bis jetzt noch wenig davon. Meine Frage an deine Vorgängerin war ja schon vor einem halben Jahr, ob man so etwas wie Experimente oder Vorschläge schon im Vorhinein einmal ausdiskutiert oder einen Bezirk hernimmt, um das einmal zu schauen, welche Aufgaben da auf das Sozialamt zukommen. Frage: Wie viele Personen werden zurzeit mit dem Richtsatz in Graz, also kommen in den Anspruch des Richtsatzes beziehungsweise der Zuzahlung zu dem Richtsatz, damit wir uns auch vorbereiten können als Mitglieder des Sozialausschusses, eventuell um neue Aktivitäten auch zu planen und wie willst du das den Leuten, also eine zweite Zusatzfrage ist ja nicht erlaubt, aber wie willst du es den Leuten auch sagen, dass sie jetzt weniger Geld kriegen?

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Also, dass es keine Vorbereitungsarbeiten im Sozialamt gibt, stimmt definitiv nicht, die Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren, es sind einfach noch offene Fragen von Seiten der Oberbehörde zu beantworten. Fragen, wie geht man mit dem Verschlechterungsverbot um usw. Diese Fragen können wir als Sozialamt der Stadt Graz schlichtweg nicht beantworten, hier sind wir einfach auf die Vorgaben und die Richtlinien des Landes angewiesen und diese erhoffen wir uns eben am 24. und 25. Jänner, ich habe vorher Februar gesagt, es ist im Jänner. Wie viele Personen jetzt definitiv in diesen Anspruch kommen, kann ich dir aus dem Stegreif nicht beantworten. Wir können auf jeden Fall wieder von einer Steigerung ausgehen, weil im Zusammenhang mit der Mindestsicherung einfach mehr Personen jetzt diese

Mindestsicherung in Anspruch nehmen und auch viele einfach gezwungen sein, diese Mindestsicherung in Anspruch zu nehmen. Bezüglich Information möchte ich sagen, ich plane einen Informationstag zum Thema Mindestsicherung, der allen Grazer Bürgerinnen und Bürgern offen steht und selbstverständlich auch gezielt an Institutionen, die Menschen beraten in Bezug auf die Mindestsicherung, die sollen da ganz speziell dazu eingeladen werden. Die Mindestsicherung ist ein komplexes Thema, das leider sehr, sehr oft sehr undifferenziert und sehr einfach diskutiert wird, wo irgendwelche Märchen herumgeistern wer, wie, in welcher Höhe Mindestsicherung beziehen kann. Das ist nicht so, das weißt du und das wissen aber leider nicht alle und ich nehme diesen Informationsauftrag sehr ernst, dass wirklich alle Bescheid wissen, was wirklich hinter diese Regelung steckt (*Applaus SPÖ*).

3) Styria-Headquarter in Graz

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Am 14.12.2009 wurde hier im Gemeinderat der Grundsatzbeschluss über städtische Begleitmaßnahmen zum neuen Styria-Headquarter beschlossen.

In diesem Beschluss geht es neben einer Haftungsübernahme in Höhe von 50 Millionen Euro auch um die Beteiligung der GBG an der Projektgesellschaft MCG Immobilien GMBH. Diese Beteiligung wurde am 22. 4. 2010 auch im Gemeinderat beschlossen und die MCG auch sofort in den Cash Pool der Stadt Graz aufgenommen.

Im Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2009 geht man von folgendem Zeitplan aus:

Im 1. Quartal 2010 die rechtskräftige Baubewilligung, ein endgültiger Beschluss durch Aufsichtsrat der Styria Immobilien AG, der Kauf von 24% Gesellschaftsanteilen an der MCG, der Mietvertrag über den Grünraum und die Sicherstellung der Finanzierung

inklusive der Bauphase. Im zweiten und dritten Quartal 2010 sollte es bereits zu einem Baubeginn kommen. Im 1.Quartal 2011 sollte die volle Eigenkapitaldotierung durch die Stadt und SAG erfolgen. Im zweiten und im dritten Quartal 2012 sollte der ganze Betrieb bereits fertig gestellt sein und in Betrieb genommen werden. Soweit ich beurteilen kann, wurde von Seiten der Stadt Graz wurden alle Aufgaben erfüllt.

Jedoch im Herbst 2010 haben sich laut Pressemeldungen bei der Styria einige Änderungen ergeben; anscheinend jedoch nicht nur im Personalbereich. Seit diesem Zeitpunkt sind verschiedene Meinungen an die Öffentlichkeit und in die Presse gedrungen, welche das Projekt, so wie es ursprünglich geplant war, in Frage stellen. Außerdem ist von einem Baubeginn nichts zu sehen.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Ist das Projekt Styria-Headquarter in Graz von Seiten der Styria AG noch in vollem Umfang aufrecht, gibt es weitere Verhandlungen der Stadt mit der Styria AG? Wenn nicht, kann die Beteiligung der GBG an der MCG rückgängig gemacht werden (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin! Ja, zunächst die Feststellung, Sie haben natürlich Recht, die Stadt hat alles erfüllt, was mit der Styria vereinbart wurde und hat auch die Vorbereitung für alle Maßnahmen zeitgerecht getroffen. Das Problem, es liegen derzeit von Seiten der Styria noch nicht alle Organbeschlüsse vor, es hat eben im Zuge der Diskussion über die Neubesetzung des Vorstandes im Sommer und Herbst 2010 unternehmensinterne Verzögerungen und Diskussionen gegeben, die auch das Headquarter betroffen haben und immer noch betreffen und diese

Diskussionen sind auch abzuwarten, das Ende dieser Diskussion ist abzuwarten und dann müssen eben auch bei der Styria AG die entsprechenden Organbeschlüsse gefasst werden. Ich darf Sie aber eines versichern, und das war auch nicht ganz richtig in Ihren Ausführungen, die Stadt Graz und die Beteiligungen, auch die GBG haben selbstverständlich keine Aktivitäten gesetzt, die da bei der Umsetzung, um da nicht in Vorlage zu treten. Also ganz konkret, es hat auch bisher noch keinen Ankauf der 24 % Gesellschaftsanteile an der MCG Immobilien durch die GBG gegeben und ich darf Ihnen versichern, das wird es auch nicht geben, wir werden selbstverständlich die Umsetzung nur Zug um Zug machen und abschließend nochmals, dazu fehlen noch entsprechende Organbeschlüsse bei der Styria AG.

GRin. **Bergmann**: Das heißt, wenn ich richtig verstanden habe, die GBG ist noch nicht an dieser Immobiliengesellschaft beteiligt, obwohl es einen Beschluss im Gemeinderat gegeben hat.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es hat einen Beschluss im Gemeinderat gegeben, aber nochmals, der Beschluss im Gemeinderat ist natürlich vorbehaltlich der entsprechenden Organbeschlüsse der Styria AG, und nachdem diese nicht gefallen sind, hat die GBG bis jetzt auch keine Gesellschaftsanteile an der MCG Immobilien GesmbH gekauft.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht auch aufgrund der Tatsache, dass Verantwortliche des Unternehmens auch mich aufgesucht haben, der Frau Bergmann noch dazusagen, dass im Unternehmen eines klar ist, es wird an diesem Standort gebaut,

es ist nur nicht klar, in welcher Größenordnung und wer es tatsächlich errichtet. Aber dass dort gebaut wird und dass die Styria dorthin ziehen wird, steht auch im Unternehmen außer Streit.

So, jetzt darf ich den Vorsitz übergeben, weil der Herr Gemeinderat Mag. Armin Sippel mich zum Moscheebau befragen möchte. Bevor ich den Vorsitz aber abgebe, möchte ich ihm zum Abschluss seines Studiums gratulieren, er wird morgen die Sponsion zum Historiker haben, alle Gute (*allgemeiner Applaus*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 14.00 Uhr den Vorsitz.

4) Moscheebau; Stand der Dinge

GR. Mag. **Sippel** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Herzlichen Dank einmal dem Bürgermeister auch für die lobenden Worte. Ich glaube es ist Zeit geworden, ich möchte an dieser Stelle ganz kurz sagen, also meine Diplomarbeit war über den Gemeinderat und ich bin natürlich gerne bereit, für diejenigen, die das interessiert, auch ein Exemplar zur Verfügung zu stellen, den Klubs zumindest. Und jetzt zu meiner Frage. Am 22. April 2010 hat der Herr Bürgermeister hier herinnen zwei Projekte, Moscheenprojekte, von den zwei größten muslimischen Gruppen in Graz, der türkischen Gemeinschaft und den Bosniern, bekanntgegeben und auch erklärt, dass solche Projekte in Graz realisiert werden sollen und hat damit natürlich auch in der Grazer Bevölkerung zu einigen kontroversiellen Diskussionen beigetragen. Auch wurde uns angekündigt, dass es weitere Informationen zu den Entwicklungen bezüglich dieser Projekte geben wird. Es gibt, wie gesagt, einige Fragestellungen, die

nicht nur die betreffenden Anrainer interessieren, sondern auch darüber hinaus die Bevölkerung wirklich interessieren und da besteht natürlich auch der Bedarf an zusätzlicher Information und vor allem, wie weit die Fortschritte diesbezüglich weitergegangen sind. Die gegenständliche Anfrage bezieht sich nicht auf ein oder mehrere konkrete Bauverfahren, wohl aber soll der allgemeine Informationsstand erfragt werden. Deswegen lautet meine

Frage

Wie ist der momentane Stand der Dinge in Sachen Moscheebau (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank Herr Klubobmann. Ich kann Ihnen gerne berichten, allerdings gibt es nicht allzu viel Neues. Ich weiß nicht, ob Sie am 28. oder 29. Mai die Gelegenheit wahrgenommen haben, es war der Tag der offenen Tür, diese Gemeinden zu besuchen und mit ihnen vielleicht auch einmal direkt zu sprechen. Ich habe Sie nämlich in der Fragebeantwortung im April auf diese Termine hingewiesen. Die türkisch-muslimische Gemeinde, die zurzeit in der Josef-Huber-Gasse ihre Gebetsräume hat, hat das Areal in der Lazarettgasse erworben und die Bosniaken das Areal in der Laubgasse 2, das ist in der Herrgottwiesgasse südlich der Fliesen-Tenne. Die türkische Gemeinde hat ihr Projekt noch nicht eingereicht, da sie nach dem Erwerb des Grundstückes noch über die finanziellen Möglichkeiten für den Bau diskutieren, den Grobentwurf habe ich Ihnen damals schon gezeigt. Die Bosniaken sind mit der Baudirektion nach dem Kauf des Grundstücks jetzt schon in regelmäßigem Kontakt und bereiten einen Bauwettbewerb vor. Die Moschee, sagen sie selbst, und es war auch in der Zeitung schon zitiert, soll modern und der Architekturstadt Graz würdig sein. Konkret gab es fünf Arbeitsgespräche, das nächste findet am kommenden Montag in der Baudirektion statt, dabei werden die Wettbewerbsunterlagen finalisiert werden, das Architekturbüro Kampits und

Gamerith werden den Wettbewerb durchführen, also werden einladen, und ihn abhandeln. Stand derzeit ist, dass bis zum Sommer Wettbewerb und Ergebnis dann präsentiert werden sollen. Zum Thema der Information an Bürgerinnen und Bürger: Es waren letzte Woche die Nachbarn aus der Lazarettgasse gemeinsam mit dem Bezirksvorsteher Heidinger zu einem Informationsgespräch bei uns im Büro, das heißt, wir informieren gerne und es gibt auch, wie Sie wissen, jederzeit die Bereitschaft der Verantwortlichen der Gemeinde oder beider Gemeinden auch zu Gesprächen. Ich nehme an, dass Ihnen auch die Informationsbroschüre der Muslime mit allen Kontaktadressen bekannt ist, wenn nicht, darf ich sie Ihnen auch gerne überreichen. Zur Information im Übrigen für alle, die sich für die Religionen interessieren, gemeinsam mit dem europäischen Trainingszentrum hat es eine Veranstaltungsreihe an der Universität zum Thema. „Der Islam in Österreich und in Europa“ gegeben, wer an diesen Vorträgen vergangenes Jahr oder an manchen nicht teilnehmen konnte, die Universität hat alle Beiträge letzte Woche auch in Buchform herausgegeben. Der Islam in Österreich und in Europa, die Integration und Beteiligung der Muslime und Musliminnen in der Gesellschaft. Und wer sich aus erster Hand auch informieren will und auf neutralem Boden treffen will, hat die Möglichkeit, an unserer Veranstaltungsreihe über Religionen in Graz, die wir gemeinsam mit der evangelischen und der katholischen Kirche in St. Lukas abhalten, teilzunehmen. Die nächste Begegnung ist im Übrigen am 13. Februar um 18.00 Uhr mit der altkatholischen Gemeinde, und die interreligiöse Begegnung mit den bosnischen Muslimen ist am Sonntag, dem 13. März um 18.00 Uhr in St. Lukas, das ist, falls das jemand nicht wissen sollte, diese moderne Kirche, gleich beim Eggenberger Gürtel, Adresse ist 76 (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Nachdem wir heute auch die Richtlinien zur Bürgerbefragung beschließen werden mit einer Mehrheit von ÖVP und jetzt auch der SPÖ, ist meine Zusatzfrage die: Ob Sie sich auch dafür einsetzen werden, dass das Projekt der

Moscheen in Graz auch einer solchen Bürgerbefragung unterzogen wird (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ganz wichtig, diejenigen, die herausgehen und sagen, sie möchten eine solche Möglichkeit künftig in Form der Bürgerbeteiligung nicht unterstützen, sie sind dann auch gleich wieder die Ersten, die sagen, können wir das aber gleich für unsere Zwecke einsetzen, weil wir eben ein Problem damit haben, dass die muslimische Gemeinde auch ein ordentliches Gebetshaus sich bauen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, darüber habe ich ja im Vorfeld schon Auskunft gegeben und habe das klar verneint, weil es in der Republik Österreich Gesetze gibt, und wir werden sicherlich nichts abfragen, was in der österreichischen Gesetzeslage klar genehmigt ist und wir unterstützen beide Projekte als Stadt Graz, damit die Menschen in unserer Stadt dann auch einmal merken, dass Schreckgespenster, die von vielen verbreitet werden, dann gar nicht eintreffen, sondern dass das gläubige Menschen sind, die zu ihrem Gebet gehen, die einen sehr offenen Dialog führen, den leider noch immer nicht alle annehmen. Ich möchte das auch einmal hier klar sagen, weil ich ja auch den Besuch in der türkischen Moschee vor mehr als einem Jahr einmal absolviert habe, ich kenne selten eine Religionsgemeinschaft, die auch mir als Bürgermeister anbietet zu sagen, Herr Bürgermeister, nach dem Freitagsgebet bist du einmal eingeladen, auch mit uns in der Gemeinde zu diskutieren und deinen Vortrag zu halten, wie du dir das Zusammenleben mit uns vorstellst. Also, sie haben einen sehr, sehr offenen Zugang, und diese beiden Projekte, wo die Grundstücke gekauft wurden, wo es ganz normale Bauverfahren geben wird, in einem begleiten wir sogar, habe ich nicht vor, abzufragen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz um 14.05 Uhr.

5) Vorwürfe Ernst Scholdans im Zuge der Reininghaus-Verhandlungen an die Stadtregierung

GR. **Schröck** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! In der Sondersitzung des Gemeinderates am vergangenen Donnerstag haben Sie, ebenso wie der Bürgermeister, einige rhetorische Beschwichtigungspolitik betrieben, den Oppositionsparteien destruktive Handlungsweise vorgeworfen und schlussendlich den Anschein erweckt, als seien sämtliche Vorwürfe an den Haaren herbeigezogen. Bereits einen Tag nach dieser Sitzung veröffentlichte die Zeitung „Der Standard“ ein Interview mit dem besagten „Beinahe-Vertragspartner“ Ernst Scholdan, das sämtliche Vermutungen, über die Rolle, die Sie im Zuge der Verhandlungen rund um die Reininghaus-Gründe spielten, vollauf bestätigte. Ich zitiere zum besseren Verständnis ein paar Passagen aus diesem Interview:

„Finanzstadtrat Gerhard Rüsch, der in der Stadt die Fäden des Projekts gezogen hat, und sich vom Verkauf an das Petrus-Werk völlig überrascht gezeigt hatte, sei von der Graz-Visite des neuen Investors Douglas Fernando, dem Miteigentümer des Petruswerkes, durchaus informiert gewesen.“ Scholdan: „Der Termin stand bei Rüsch schon vor zweieinhalb Wochen auf dem Kalender.“ Weiters monierte Scholdan, dass es durchaus „einigermaßen bemerkenswert“ sei, wie er meinte, dass ihm die Stadt überhaupt die Möglichkeit gegeben habe, parallel mit Fernando zu verhandeln. Die zuständigen Stadtpolitiker hätten ausdrücklich auf ein Exklusivrecht, Verhandlungsrecht mit ihm verzichtet. Stadtrat Rüsch habe diese Option auslaufen lassen, ohne sie zu verlängern, und dann setzt er noch das Sahnehäubchen drauf und sagt: „Da war schon ein gewisses Maß an Überheblichkeit dabei.“

Und nachdem ich dich, Herr Stadtrat, wie du weißt, sehr schätze und natürlich gerne glauben möchte, was du und der Herr Bürgermeister uns am Tag der Sondersitzung erzählt haben, stelle ich dir folgende

F r a g e :

Wie begegnest du den Vorwürfen, du hättest, entgegen der bisherigen Behauptungen von einem Termin mit einem neuen Investor schon wochenlang gewusst und ferner auf ein Exklusivverhandlungsrecht verzichtet, indem dir die Option darauf auslaufen ließest?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ich habe nie behauptet, ich hätte von diesem Termin nichts gewusst. Diese Behauptung wäre auch völlig absurd gewesen, denn, wie richtig erwähnt, dieser Termin steht ja bei mir im Terminkalender. Ich wüsste auch keinen Grund, wieso ich diesen Termin leugnen hätte sollen. Der Terminwunsch ist allerdings unter ganz anderen Voraussetzungen an mich herangetragen worden. Am 13. Dezember haben sich telefonisch ein Grazer Architekt bei mir im Büro gemeldet, mit der Anfrage nach einem Termin mit einem Berliner Investor, der mit der Stadt bezüglich Reininghaus kooperieren wolle. Ein derartiger Gesprächswunsch war nicht ungewöhnlich, es hat im Herbst des Jahres 2010 mehrere solche Gespräche stattgefunden, bei denen sich Investoren über Reininghaus erkundigten. Als Terminwunsch bei diesem genannten Termin, der ja zur Diskussion steht, wurde der 10. Jänner genannt, weil da der Investor, so hieß es, schon einen Flug nach Graz gebucht habe und sich die Reininghausgründe erstmals anschauen wolle. Asset One übrigens wurde als Teilnehmer an diesem Termin überhaupt nicht genannt. Ich habe am 9. 1., also genau einen Tag vor dem bekannten Pressetermin, erfahren, dass Asset One nicht an die Stadt, sondern an einen deutschen Investor verkaufen wird, damit war auch für mich alles klar. So war es und jede andere Behauptung wäre eine glatte Lüge. Zum Zweiten. Die Antwort habe ich schon beim letzten Gemeinderat am letzten Donnerstag gegeben, aber wahrscheinlich warst du damals nicht in der Verfassung, diese Antwort wirklich zur Kenntnis zu nehmen. Zunächst einmal, es gab auch nie eine Option auf ein Exklusivitätsrecht, hat es nie

gegeben. Es gab aber ein Exklusivitätsrecht für Verhandlungen, und zwar haben wir dieses Exklusivitätsrecht vereinbart mit Asset One bis zum 31. 3. schriftlich, danach mündlich verlängert bis zum Grundsatzbeschluss, der im April 2010 eingebracht und nach der Rückstellung im Mai 2010 dann beschlossen wurde. Ich würde sagen, wie jeder Verhandlungserfahrene weiß, kann man diese Exklusivitätsrechte nicht beliebig verlängern, und da es bis Ende November, Anfang Dezember 2010 bis zu diesem Zeitpunkt keine politische Mehrheit für 80 Millionen Euro Kaufpreis geschweige denn für einen höheren Preis gegeben hat, Asset One aber selbst der Summe von 80 Millionen bis dahin nie zugestimmt hat, hätte die Verhandlung über ein Exklusivitätsrecht lediglich Zeit und Geld gekostet, aber dieses Exklusivitätsrecht hätte unter diesen genannten Umständen nie verhindern können, dass Asset One letztlich mit einem Käufer verhandelt und dem dann auch den Ankauf anbietet, der mehr bezahlt als die Stadt, das waren auch meine Ausführungen am letzten Donnerstag (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Herr Stadtrat, ich freue mich, dass du dir über meine Verfassung so viele Gedanken machst, du wirst sicher jetzt dann auch noch darauf eingehen, was du damit genau meinst. Ich finde es aber trotzdem äußerst verwunderlich, dass am Tag des Sondergemeinderates du und der Herr Bürgermeister den ersten Ernst-Scholdan-Fanklub ausrufen, ihn über den grünen Klee loben und er am nächsten Tag hier in einem Interview davon spricht, dass er in einer Art Notwehr verkaufen musste, dass er keine Wahl hatte, die Stadt hätte ihn an die Wand gedrückt und dass er dir persönlich als Repräsentant dieser Stadt, als wichtigem Verhandler, vorwirft, dass du in dieser Verhandlung ein gewisses Maß an Überheblichkeit gezeigt hättest. Ich weiß ja nicht, in welcher Verfassung du warst, als du diese Verhandlungen geführt hast, aber ich möchte wissen, wie du darauf, auf diese Anschuldigungen, die ja auch die Reputation deiner Person und die Stadt betreffen, reagieren wirst.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal, was die Überheblichkeit betrifft, da bin ich, glaube ich, der falsche Ansprechpartner, ich habe mich nie überheblich empfunden, vor allem auch nicht in diesen Verhandlungen. Aber wenn du das schon ansprichst, ich habe den Herrn Scholdan sehr überheblich gefunden und eigentlich habe ich es als Frechheit empfunden, wie der Ernst Scholdan über die Stadt im „Standard“ gesprochen hat. Es ist einfach grotesk, ich finde es einfach grotesk, wenn der Stadt vorgeworfen wird, dass er in Notwehr verkaufen musste. Tatsache ist, dass der Herr Scholdan in seiner vierjährigen Vorbereitungszeit anscheinend nach seinen Angaben zwölf Millionen Euro verbraucht hat, nichts anderes als Luftschlösser gebaut hat. Es gab keinen einzigen Antrag auf Flächenumwidmung.

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nein, das zitiere ich nicht aus deiner Rede, das ist für mich persönlich auch sehr, sehr aufschlussreich, dass du die Fragen an mich gestellt hast, aber nicht erwähnt hast, bis jetzt jedenfalls, dass hier in diesem Zeitungsartikel aus meiner Sicht wirklich einfach Behauptungen aufgestellt worden sind, die nicht nachzuvollziehen sind. Ich weiß nicht, wieso sie gekommen sind, ich hätte mir gedacht, der Herr Scholdan freut sich, dass er einen Käufer gefunden hat, der ihm mehr bietet als die Stadt, das ist sein gutes Recht, das ist auch völlig klar. Also die Überheblichkeit biete ich ihn zu fragen, ansonsten denke ich, ist die Geschichte erledigt und bezüglich des Standard-Artikels hoffe ich, dass ich Gelegenheit habe, dort auch die aus meiner Sicht ungerechtfertigten Anschuldigungen gegenüber der Stadt zu korrigieren (*Applaus ÖVP*).

6) Maßnahmen der Stadt Graz gegen den Feinstaub, unter Ausschöpfung der im eigenen Verantwortungsbereich erschließbaren und optional darüber hinaus verfügbaren einschlägig nutzbaren Ressourcen

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher auf der Galerie! Das aktuelle milde Winterwetter lässt den kommenden Frühling erahnen. Die Stadt Graz und deren Verantwortungsträger sind wie alle anderen Kommunen auch nachweislich darum bemüht oder müssten dafür Sorge tragen, entsprechende präventive und intensitätsreduzierende Maßnahmen gegen den Feinstaub aus Eigenem heraus zu setzen.

Ein Paradebeispiel, wie das gut funktionieren kann, ist die Stadt Lienz in Osttirol, die über eine topographisch und klimatologisch ähnliche Konstellation verfügt wie die Stadt Graz mit einer Kessellage. Dort wurde bereits, wie Ihnen aufgrund der Publikation bereits sicherlich bekannt ist, erreicht, dass solide und durch energisch betriebenen Straßenreinigung beziehungsweise -wäsche große Erfolge bereits gegen die Feinstaubbelastung erzielt werden konnten.

Ich verweise hierzu auf das sicherlich bekannte EU-Projekt „EU-LIFE-Projekt CMA+“ in dem insbesondere die Stadt Lienz, aber auch die TU Graz eingebunden sind, und in diesem Projekt wurde ein Feinstaubkleber, der nur sehr geringe Umweltbelastungen hervorruft, eingesetzt als Streusalzsubstitut, Herr Kollege ist nicht da von der SPÖ, der sich auch mit der Schneeräumung beschäftigt hat, mit beachtlichem Erfolg auch inhaltlich verifiziert wurde. Hinter dem CMA steckt Calcium-Magnesium-Acetat, die maßgeblich diese Feinstaub-Reduktion erreichen lässt und es gibt auch ein Vorgängerprojekt. Zum Feinstaub im Straßenverkehr tragen auch die Straßenbahnen bei, die durch zerriebene Partikel des Quarzsandes erheblich zur Feinstaubbelastung in Graz beitragen.

Meine

F r a g e

lautet daher:

Was, Frau Vizebürgermeisterin, und in welcher Art und Intensität, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Aufwand/Nutzen-Kalkül haben Sie bisher in Ihrer Amtszeit als für den Verkehr zuständige Stadtsenatsreferentin mittels Tat, das heißt durch konkrete Entscheidungen und Handlungen, gegen den Feinstaub in Graz unternommen, um im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Graz mit den Ressourcen der Stadt Graz Handlungen gegen den Feinstaub zu setzen respektive zu veranlassen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat! Danke für die umfassende Fragestellung. Es ist sichtbar, dass Sie sich sehr intensiv inhaltlich mit dem Thema befassen, das ist, denke ich mir, im Sinne der Bewältigung einer sehr schwer wiegenden Problematik in der Stadt Graz, sehr begrüßenswert. Ich werde jetzt zuerst auf diese CMA-Geschichte eingehen, die uns natürlich bekannt ist in der Stadt Graz, und dann die einzelnen Punkte herausgreifen, die Sie ansprechen, was die Stadt in den letzten Jahren im Zusammenhang mit Feinstaub konkret unternommen hat beziehungsweise unternimmt. Zu CMA zum Calcium-Magnesium-Acetat, da gab es im Winter 2007 in Graz bereits seitens des Umweltamtes in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbetrieben und eben auch mit der TU Versuche über die Wirksamkeit. Da im Verlaufe der Testreihe Bedenken hinsichtlich der Verkehrssicherheit laut wurden, mussten die Testreihen abgebrochen werden. Es wurde gemessen, dass die Straßenfahrbahn also wesentlich rutschiger war als sonst und damit für den Straßenerhalter rechtlich ungeklärte Probleme entstehen, weil eben eine rutschige Fahrbahn die Verkehrssicherheit vermindert. Es handelt sich um eigens dafür gekennzeichnete Teststrecken, die da in Betrieb waren. Bis jetzt, und dann gab es auch inzwischen entsprechende Kongresse, Tagungen, der letzte hat am 1. Oktober

2010 in Lienz stattgefunden, wo immer wieder die Auswertungen aus diesem EU-Projekt auch diskutiert wurden, und auch dort konnte sich aus der fachlich, kritischen Beleuchtung heraus nicht erweisen, dass CMA tatsächlich die Wirksamkeit hat, die man ihm ursprünglich zugeschrieben hat und man muss noch dazusagen, weil Sie die Straßenreinigung anziehen, auch im letzten Dezember hatten wir wieder einen Testtag, wo es um den Zusammenhang ging Straßenreinigung und Feinstaub. Leider kann und gibt es immer wieder Ergebnisse, die auch nach erfolgter Straßenreinigung die Menge des aufgewirbelten Feinstaubes sogar teilweise höher nachgewiesen haben und damit zu einer Reduktion der PMC-Belastung durch eine verstärkte Straßenreinigung nicht nachgewiesen werden kann. Also das ist wirklich ein Wunsch, und wir messen es immer wieder, und wir hatten gerade im Dezember wieder einen Tag, wo wir gewaschen und extra noch einmal dann gemessen haben und wo wir es gesehen haben, dass genau in der Zeit die Aufwirbelung höher war als sonst. Also man muss das wirklich genau anschauen und das tun wir auch, wie gesagt, die Ergebnisse sind bis jetzt nicht überzeugend. Aber zum Winterdienst weiter. Es gibt ja schon von meiner Vorgängerin eingeführt und auch nach dem Beispiel deutscher Städte den differenzierten Winterdienst in Graz, der jetzt flächendeckend umgesetzt wird. Wir sind inzwischen eben so weit, dass nur auf den Straßen, wo es aus straßenrechtlichen Gründen notwendig ist und unbedingt notwendig ist, Splitt streuen, ansonsten Feuchtsalz, und der Splittverbrauch konnte inzwischen um zwei Drittel reduziert werden. Ich versuche jetzt, kürzer zu werden, weil man zeitlich ein Problem bekommen. Weiters gibt es einen Baustellenleitfaden auch aufgrund eines Erlasses des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, der in der Stadt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) von der Baubehörde zu verfolgen ist, teilweise wäre, muss ich dazusagen, ist leider nicht ganz zufriedenstellend, aber es gibt das Dokument auch immer den Hinweis, das zu verfolgen. Dann zum Thema Förderungen, Feinstaubbekämpfung, insbesondere Fernwärmeausbau. In der Zeit seit 2008 wurden in Graz 829 Wohnungen auf Fernwärme umgestellt, ich sage nur eine Vergleichszahl, in den vier Jahren davor wurden 217 Wohnungen umgestellt, soeben wurde auch ein Projekt eingebracht,

dass in den nächsten zwei Jahren 475 Gemeindewohnungen in einer Fördergröße von drei Millionen auf Fernwärme umgestellt werden, das ist ein gemeinschaftliches Projekt mit dem Wohnungsamt. Die umweltfreundliche Fahrzeugflottenumstellung, da wurden 59 Fahrzeuge bisher gefördert in der Größenordnung von 18.000 Euro. Ich möchte das Frischluftticket noch einmal kurz heranziehen, wo wir ganz gezielt an Neukundinnen herangetreten sind, um sie für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen, wie gesagt, das sind jetzt einmal ein paar der Daten, Sie bekommen es auch schriftlich, da wird es ausführlicher zu beantworten sein (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Danke einmal für die Beantwortung, den Diskurs werden wir sicher weiterführen. Meine Zusatzfrage lautet: Da die zerriebenen Partikel des Quarzsandes hochgradig karzinogen sind, die durch das Bremsen der Straßenbahn auf den Schienen sozusagen aufgewirbelt werden, frage ich Sie, was Sie gegen diese massive Gesundheitsgefährdung bereits unternommen haben und ob Sie diesbezüglich auch mit dem Gesundheitsamt der Stadt Graz Kontakt aufgenommen haben?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Also mit dem Gesundheitsamt habe ich jetzt persönlich nicht Kontakt aufgenommen, aber das Thema ist ein schon altes Thema in der Stadt. Es wurde der Einsatz des Sandes reduziert, wobei er ja nicht als Feinstaub gilt, aber Sie haben Recht, sehr feiner Quarz ist karzinogen. De facto können wir in dieser Technik letztendlich aber nicht ganz davon weggehen, solange wir Straßenbahnen haben. Aber wie gesagt, da kann ich Ihnen gerne einmal nähere Informationen zukommen lassen, ich kann es jetzt im Detail so nicht beantworten. Ich weiß nur, dass es im Vergleich zu früher wesentlich zu weniger Einsatz kommt und auch dosierter der Einsatz erfolgt als in den ersten oder in den Jahren davor.

7) Gehsteig Murgasse

GRin. **Krampl** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GRin. **Krampl**: Ich kann es kurz machen und hoffentlich ein bisschen eine Redezeit kompensieren, die unser Gemeinderat Eichberger heute noch brauchen wird. Die Vorgeschichte meiner Frage ist jedem bekannt, deshalb kann ich gleich direkt zur

F r a g e

kommen. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Lisa: Stimmt es, dass der Gehsteig in der Murgasse im Zuge der im Sommer geplanten Baumaßnahmen an der jetzt schon derzeit engsten Stelle bei Hausnummer 4 vor dem Juweliergeschäft aufgrund des Platzbedarfs der Variobahn von derzeit 128 Zentimeter Breite auf nur noch 109 Zentimeter Breite verschmälert werden soll?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ja, aber das ist jetzt nicht die ganze Antwort. Die Murgasse ist, wenn man diese Baustelle betrachtet, natürlich eine der großen Herausforderungen in diesem Jahr. Wir brauchen nicht mehr drüber diskutieren, das machst du ja auch nicht, ob sie notwendig ist oder nicht, die Straßenbahnschienen sind dort über 25 Jahre alt und müssen saniert werden. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben müssen wir auch soweit es geht, wobei wir es dort eben nicht soweit wie notwendig machen, aber soweit es geht, auch eine Schienenspreizung vornehmen müssen. Jetzt haben wir unsere Leute beauftragt, und die haben sehr intensiv daran gearbeitet, eine mögliche Ausnutzung der rechtlichen Spielräume auf das höchstmögliche Maß und dabei eine Planung zustande zu bringen, die sich so gerecht wie möglich auf die dort insgesamt sehr problematische Gehsteigsituation auswirkt. Ich sage dir nur ein paar Daten. Es geht sich, wie du weißt, erstens ist die Murgasse keine gerade Gasse,

sondern eine Gasse, die eine leichte Biegung hat und die Gehsteigbreiten dort sehr unterschiedlich sind, und die Planungsergebnisse bringen unterschiedliche Ergebnisse. In dem einen Fall, den du nennst, stimmt es, da kommt es zu einer Reduktion. In anderen Bereichen, also es gab zum Beispiel beim Palmers eine Gehsteigbreite, oder heute gibt es die, mit 95 cm, also es geht immer um Zentimeter, das muss man dazusagen, da geht es nicht um Meter, sondern wirklich um Zentimeter, da können wir zehn Zentimeter gewinnen auf 105 Zentimeter. Beim Haus Nummer 10, das ist auf der Höhe vom Kastner, kommen wir von 115 Zentimeter auf 135 Zentimeter, beim Haus Nummer 4, das stimmt, kommen wir von 128 auf 109, weil wir gegenüber Firma Skala, auch an der Grenze, weil das ein Meter waren und dort damit ein bisschen gewinnen können, um das ein bisschen ausgewogener hinzubringen. Vorne beim Vögele werden wir von 134 Zentimeter auf 139 Zentimeter kommen. Das heißt, der engste Querschnitt in der Murgasse befindet sich eben im Bereich der Häuser 1 und 4 und dort haben wir nicht mehr als 7,16 Meter Straßenbreite und wir haben dort herausgeholt, was herauszuholen war. Es ist so, dass ich weiterhin auch im Gespräch bin mit den Geschäftstreibenden, auch mit der zuständigen, die ja auch noch einmal gefragt wird, Wirtschaftstadträtin, diese Baustellenabwicklung so optimal wie möglich vorzuziehen, aber an der Gehsteigbreite da haben wir ausgereizt, was geht und da möchte ich auch den Mitarbeitern der zuständigen Abteilungen und vor allem auch der GVB danken, weil da haben wir sie wirklich dreimal ins Rennen geschickt, weil wir gesagt haben, das muss die allerbeste Lösung werden, und wir haben uns auch bei den gesetzlichen Abständen auf ein unteres, also auf eine Unterschreitung geeinigt, weil wir damit aber auch beschlossen haben, dass die Straßenbahn eine bestimmte Geschwindigkeit nicht überschreiten darf.

GRin. **Krampl**: Verstehe ich alles, was du jetzt sagst. Ich kann mir nur nicht vorstellen, dass die Tragweite, also bei Anschaffung der Variobahnen, ich frage mich wirklich, ob

die Tragweite der Umbaumaßnahmen oder erforderlichen Umbaumaßnahmen in den Gleisen allen Verantwortlichen damals bewusst war, also diese Frage stelle ich mir wirklich und vor allem frage ich mich (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wie du es als Verkehrsreferentin verantworten kannst, eine derartige Engstelle und eine Sicherheitsfalle für die Bevölkerung zulassen zu können. Die Frau Stadträtin Schröck hat mir ein Foto zur Verfügung gestellt, ich weiß nicht, ob man es da sieht, man kann nicht einmal mit einem normalen Regenschirm, also ein normaler Regenschirm, kein übergroßer, ist schon zehn Zentimeter zu breit, also ich frage mich da wirklich, wo wurde damals hingedacht, es ist damals diskutiert worden wie viel Sitz- und Stehplätze in der Straßenbahn, aber solche entscheidenden Dinge, die eigentlich dann auftreten, also die sind nicht bedacht worden und das macht mir Sorge und meine Frage ist, wie es dir dabei geht, wie du das verantworten kannst (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Nachdem die Murgasse auf meinem Fußweg liegt, ist sie mir natürlich sehr vertraut. Ich übernehme keine Verantwortung dafür, wie in früheren Zeiten diese Stadt entstanden ist und dass wir dort eine schmale Gasse haben und dass wir dort zum Glück eine Straßenbahnlinie haben, die in die Innenstadt fährt, das ist eine Tatsache, mit der wir heute leben. Jetzt möchte ich noch einmal versuchen, was wir hier herinnen wirklich mehrfach versucht haben: Dieses Gerücht aus dem Haus zu räumen, dass die Variobahn als Variobahn schuld ist an dem, was wir in Graz die letzten zwei Jahre diskutieren. Es gibt eine Entscheidung, eine neue Straßenbahn zu beschaffen, und ob die jetzt Variobahn heißt oder von der Siemens gekommen wäre oder von wem immer, die Tatsache...

Zwischenruf GRin. Krampl unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich versuche, es zu beschreiben. Jede Straßenbahn heute hat diese Breite, die sie hat und jeder Neuansatz einer Straßenbahn ist gesetzlich, und das ist ein Gesetz, es hat nicht gegeben wegen neuer Straßenbahnen, sondern weil Kaprun passiert ist. Auf Grundlage des Unglücks von Kaprun wurden neue Sicherheitsräume definiert und der Gesetzgeber hat gesagt, wenn ein neues Fahrzeug zum Einsatz kommt, muss vorher der Straßenraum die Sicherheitsräume erfüllen. Das heißt, wir machen es nicht, weil wir die Variobahn gekauft haben, außer wir hätten uns irgendwann einmal entschieden, nie wieder neue Straßenbahnen zu kaufen, das ist aber nicht unbedingt im Sinne der Sache. Das heißt, der Beschluss, eine neue Straßenbahn zu kaufen, ist parallel passiert zu einem Gesetzesentschluss, der einfach eine Sicherheitsraum-Neudefinition vorgenommen hat und gesagt hat, jedes neue Fahrzeug in Wien, wo immer das zum Einsatz kommt, muss neue Sicherheitsräume erfüllen. Wir haben da in Graz an bestimmten Stellen, und insbesondere in der Murgasse, eine besondere Herausforderung dadurch, die sich einfach aus städtebaulichen Grundlagen ergibt, aber es ist nicht die Entscheidung zur Variobahn schuld, sondern leider Sicherheitsbestimmungen, die wir auch versucht haben, beim Ministerium herunterzuverhandeln, und da ist auch etwas gelungen. Wir sind bei etwas weniger Zentimeter Sicherheitsraum, als ursprünglich vorgeschrieben wurden, und jetzt unterschreiten wir das schon mit dieser Zusatzausnahme, dass wir sagen, wir fahren dort extra langsam, aber diese Rechtsnorm ist eine Folge eines Unglückes, das leider stattgefunden hat und dazu geführt hat, dass bestimmte Sicherheitsräume einzuhalten sind und vorzusehen sind, wenn neue Fahrzeuge zum Einsatz kommen. Das muss ich einfach noch einmal klarstellen, es ist die Variobahnentscheidung nicht schuld daran, dass wir jetzt das bewältigen müssen, was jetzt einfach zu tun ist, und die Murgasse, wie gesagt, ist in einer neunwöchigen Baustelle zu bewältigen, das wird nicht einfach, wir werden es so fußläufig wie möglich versuchen und danach wird sie in manchen Bereichen etwas besser und in einem Bereich etwas schmaler werden.

Zwischenruf GRin. Krامل: Hier von Sicherheitsräumen zu sprechen ist Hohn.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Die Sicherheitsräume stehen in einem Gesetz, das die Sicherheit im Bereich des Schienenverkehrs definiert. Das ist ein Gesetz, das hat nichts mit Anschaffungen von Straßenbahnen zu tun. Ok?

Bgm. Mag. **Nagl:** Das wird niemals wirklich befriedigend, die Stadt ist so gewachsen und es ist ja jetzt auch nicht so, die Variobahn fährt bitte ja jetzt auch auf diesen Gleisen, also es hängt nicht von der Variobahn ab, sondern nur wegen der Gleisspreizung hätten wir nicht umgebaut, ich sage das auch dazu, weil ich das damals ja lautstark gesagt habe, da ging es nur um die Gleisspreizung, habe ich gesagt, nein das tun wir nicht, zur Not fahren wir nur auf der Strecke 4er und 5er noch einige Jahre weiter. Nur wenn eisenbahnrechtlich klargestellt wird, dass der Untergrund nicht mehr tauglich ist und ein Gefahrenpotential besteht, müssen wir umbauen. Jetzt wären wir schlecht beraten, wenn wir es nicht gleich so herrichten würden, wie es a) das Gesetz vorsieht, b) die Gleise nicht nur oben zu verlegen, sondern auch drunter Kanalisation und alle Leitungen mitzuverlegen, das wird eine immense Herausforderung für alle, die da arbeiten, das wird für die Geschäftsleute und Unternehmer auch eine Herausforderung und da wird ja auch die Frau Stadträtin Sonja Grabner versuchen, auch werblich noch zu unterstützen, und die Baustelle sollte halt möglich schnell organisiert werden, wir haben in Wahrheit nur acht Wochen Zeit, all das hineinzubauen, weil dann fängt die Schule an und dann wird es wieder losgehen. Aber, wie gesagt, es gibt jetzt dort, weil das Foto gekommen ist mit den Zentimetern, es gibt jetzt Gehsteigbreiten auf derselben Straße mit 95, das heißt um zehn Zentimeter weniger, dort kannst jetzt mit dem Schirm auch nicht gehen.

Also das Gefährdungspotential bleibt, wir arbeiten ja auch an einer Lösung die Straßenbahn zu verlegen nicht zur Gänze, aber einige herauszunehmen, weil du kommst ja schon kaum mehr durch. 1.600 Straßenbahnen pro Tag jetzt schon in der Herrengasse und der Großteil fährt eben über diese Murgasse. Wenn wir im Übrigen einmal eine Alternative haben auch die Verkehrsströme auch, und das macht mir auch Sorgen, auch die Passantenzahlen in diesem Bereich auch dramatisch verändern, das wird sich auch dann wieder auf die Kaufkraft dort vor Ort auswirken, also da sind wir ganz schön gefordert in den nächsten Jahren (*Applaus ÖVP*).